

NIEDERSCHRIFT

31. Sitzung des Stadtbezirksrates Linden-Limmer am Mittwoch, 23. September 2009,
Freizeitheim Linden, Windheimstr. 4

Beginn 19.00 Uhr
Ende 22.00 Uhr

Anwesend:

(verhindert waren)

Bezirksbürgermeisterin Knoke	(SPD)	
Stellv. Bezirksbürgermeister Grube	(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	
(Bezirksratsfrau Baumgart)	(SPD)	
Bezirksratsfrau Bolzek	(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	19.05 - 22.00 Uhr
Bezirksratsherr Drömer	(SPD)	
Bezirksratsherr Eggers	(CDU)	
Bezirksratsherr Hadasch	(BSG)	
Bezirksratsherr Horstmann	(SPD)	19.00 - 21.50 Uhr
Bezirksratsfrau Kleinhüchelkotten	(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	
Bezirksratsherr Knoke	(SPD)	
(Bezirksratsherr Kuntze)	(FDP)	
Bezirksratsfrau Lemke	(SPD)	19.10 - 22.00 Uhr
Bezirksratsherr Meyer	(DIE LINKE.)	
(Bezirksratsfrau Otte)	(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	
Bezirksratsherr Prehn	(CDU)	
Bezirksratsfrau Rose	(DIE LINKE.)	
Bezirksratsherr Schimke	(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	
Bezirksratsfrau Schlätel	(SPD)	
Bezirksratsfrau Schweingel	(SPD)	
Bezirksratsfrau Steingrube	(CDU)	
Bezirksratsherr Zielke	(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	

Beratende Mitglieder:

(Beigeordnete Kastning)	(SPD)	
(Ratsherr List)	(Gruppe Hannoversche Linke)	
Ratsherr Mineur	(SPD)	
Ratsherr Nikoleit	(Gruppe Hannoversche Linke)	19.00 - 21.30 Uhr
(Beigeordneter Schlieckau)	(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	
(Ratsherr Seidel)	(CDU)	

Verwaltung:

Frau Hoff	(Fachbereich Planen und Stadtentwicklung)	
Herr Kaminski	(Fachbereich Planen und Stadtentwicklung)	19.00 - 20.15 Uhr
Frau Block	(Fachbereich Planen und Stadtentwicklung)	21.35 - 21.50 Uhr
Herr Meyer-Hublitz	(Fachbereich Gebäudemanagement)	19.00 - 20.35 Uhr
Frau Sufin	(Fachbereich Steuerung, Personal und Zentrale Dienste)	
Herr Wescher	(Fachbereich Steuerung, Personal und Zentrale Dienste)	

Tagesordnung:

I. Ö F F E N T L I C H E R T E I L

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung und Beschlussfähigkeit sowie Feststellung der Tagesordnung

2. Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung am 26.08.2009 (öffentlicher Teil)

3. I N F O R M A T I O N E N

3.1. Bericht über die Sitzung des Integrationsbeirates Linden-Limmer am 31.08.2009

3.2. Informationen über Bauvorhaben

4. V E R W A L T U N G S V O R L A G E N

4.1. Entwurf des Lärmaktionsplanes (LAP) für die Landeshauptstadt Hannover (Drucks. Nr. 1732/2009 mit 1 Anlage)

4.2. Konjunkturprogramm II - Ergänzung (Drucks. Nr. 1854/2009 mit 2 Anlagen)

4.3. Zuwendung zur energetischen Sportstättenanierung an die Volksbad Limmer GbR (Drucks. Nr. 1758/2009)

4.4. Zuwendung zur energetischen Sportstättenanierung an den SC Elite (Drucks. Nr. 15-1777/2009)

4.5. Zuwendungen auf Vorschlag des Integrationsbeirates Linden-Limmer

4.5.1. Zuwendung an den Verein für interkulturelle Arbeit in Linden e.V. (Drucks. Nr. 15-1865/2009)

4.5.2. Zuwendung an die Vernetzte Sprachförderung und Elternförderung im Stadtteil Linden-Süd (Drucks. Nr. 15-1868/2009)

4.5.3. Zuwendung an den Verein Netzwerk Lebenskunst e.V. (Drucks. Nr. 15-1869/2009)

- 4.5.4. Zuwendung an die Kindertagesstätte St. Nikolai
(Drucks. Nr. 15-1870/2009)
- 4.5.5. Zuwendung an den Verein JugendAktionsNetzwerk Umwelt- und Naturschutz
e.V. (JANUN)
(Drucks. Nr. 15-1871/2009)
- 4.5.6. Zuwendung an gEMiDe
(Drucks. Nr. 15-1872/2009)
- 5. A N T R Ä G E
- 5.1. der SPD-Fraktion
- 5.1.1. Hochbahnsteige in der Limmerstr. bzw. auch der Stadtbahnlinie D
(Drucks. Nr. 15-1947/2009)
- 5.1.1.1. Ergänzungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Hochbahnsteige in der Limmerstr. bzw. auch der Stadtbahnlinie D
(Drucks. Nr. 15-1947/2009 E1)
- 5.2. Gemeinsam von den Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, DIE
LINKE. und Bezirksratsherrn Hadasch (BSG)
- 5.2.1. Betriebskostenzuschüsse für "private" Betreiber ehemals öffentlicher Bäder &
mögliche Kostenentlastungen durch besondere Energiekostenverträge der
Stadtwerte
(Drucks. Nr. 15-2080/2009)
- 6. EIGENE MITTEL des Stadtbezirksrates
(Interfraktionelle bzw. Gemeinsame Anträge)
- 6.1. Zuwendungen aus den Eigenen Mitteln des Stadtbezirksrates Linden-Limmer
(Drucks. Nr. 15-2039/2009 mit 2 Anlagen)
- 7. A N F R A G E N
- 7.1. der SPD-Fraktion
- 7.1.1. Neuer Wertstoffhof im Stadtbezirk Linden-Limmer
(Drucks. Nr. 15-1946/2009)
- 7.2. der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
- 7.2.1. Parken in der Grünanlage am Küchengartenplatz
(Drucks. Nr. 15-1949/2009 mit 1 Anlage)
- 7.2.2. Fußgängerampel Fössestraße in Höhe der Selmastraße
(Drucks. Nr. 15-1950/2009)
- 7.2.3. Weitere neue Planungen in der Wasserstadt Limmer?
(Drucks. Nr. 15-1952/2009)
- 8. Bericht des Stadtbezirksmanagements
- 9. EINWOHNER- und EINWOHNERINNENFRAGESTUNDE gegen 20.00 Uhr,

nach abschließender Beratung eines Tagesordnungspunktes

II. NICHT ÖFFENTLICHER TEIL

10. Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung am 26.08.2009
(nichtöffentlicher Teil)
11. Informationen über Bauvorhaben

I. ÖFFENTLICHER TEIL

TOP 1.

Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung und Beschlussfähigkeit sowie Feststellung der Tagesordnung

Bezirksbürgermeisterin Knoke eröffnete die Sitzung und stellte die ordnungsgemäße Einberufung und Beschlussfähigkeit fest. Sie informierte, dass sich Bezirksratsherr Kuntze für die Sitzung entschuldigt habe und fragte nach Änderungswünschen für die Tagesordnung.

Stellv. Bezirksbürgermeister Grube brachte daraufhin einen Gemeinsamen Dringlichkeitsantrag der Fraktionen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, DIE LINKE. und Bezirksratsherrn Hadasch (BSG) zum Thema - Betriebskostenzuschüsse für „private“ Betreiber ehemals öffentlicher Bäder und mögliche Kostenentlastungen durch besondere Energiekostenverträge der Stadtwerke - ein. Er berichtete, dass sowohl das Fössebad als auch das Volksbad Limmer bei der finanziellen Umsetzung von Zukunftsinvestitionen Probleme haben. Mit dem Antrag soll die Verwaltung um Auskunft gebeten werden, in welchem Umfang eine Bezuschussung dieser Bäder in den letzten Jahrzehnten erfolgt sei. Die Dringlichkeit begründete **Stellv. Bezirksbürgermeister Grube** indem er äußerte, dass gegebenenfalls noch zum städtischen Haushalt 2010 Anträge der Fraktionen zu dieser Thematik gestellt werden sollen und damit die Informationen, die mit dem Dringlichkeitsantrag gefordert werden, kurzfristig vorgelegt werden müssten.

Bezirksratsherr Eggers bedauerte, dass der Antrag nicht interfraktionell gestellt werden konnte, da sich die CDU-Fraktion nicht mit den Inhalten des Antrages in Bezug auf den zweiten Spiegelstrich einverstanden erklären könne. Die Dringlichkeit des Antrages wurde von **Bezirksratsherrn Eggers** unterstützt.

Der Gemeinsame Dringlichkeitsantrag wurde daraufhin einstimmig auf die Tagesordnung genommen.

Bezirksbürgermeisterin Knoke stellte fest, dass der Gemeinsame Dringlichkeitsantrag als TOP 5.2.1 auf die Tagesordnung genommen werde.

Stellv. Bezirksbürgermeister Grube informierte, dass die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN einen Ergänzungsantrag zur Drucks.-Nr. 15-1947/2009 einbringe.

Bezirksbürgermeisterin Knoke stellte fest, dass die Tagesordnung wie beantragt geändert wurde.

TOP 2.

Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung am 26.08.2009 (öffentlicher Teil)

Bezirksratsherr Meyer bemängelte, dass die Anfrage Drucks.-Nr. 15-1676/2009 zum Thema - Fuß- und Radwege entlang Ihme und Leine - aus seiner Sicht nicht beantwortet sei. Inhaltlich wäre es der Fraktion um die Reinigung der Wege von Wildkräutern und Erde gegangen. Die Beantwortung beinhalte jedoch ausschließlich Aussagen zur Müllbeseitigung.

Frau Sufin sagte eine Weitergabe des Hinweises an den zuständigen Fachbereich zu.

Die Beantwortung wird um folgende Protokollantwort ergänzt:

Der Fachbereich Umwelt und Stadtgrün lässt Wege mit wassergebundenen Decken in einem zeitlichen Abstand von etwa fünf Jahren überarbeiten. Dabei wird auch die Bankette wieder hergestellt. Asphaltierte Wege werden nach Bedarf ausgebessert. Eine regelmäßige Reinigung von Wildkräutern und Erde erfolgt nicht. Der Fachbereich Umwelt und Stadtgrün ist gerne bereit, Anlass bezogen die Notwendigkeit einer Reinigung zu prüfen. Hinweise zu starken Verunreinigungen können dem Fachbereich Umwelt und Stadtgrün unter der Telefonnummer 168-44353 mitgeteilt werden.

Mit diesem Hinweis wurde sowohl der öffentliche als auch der nichtöffentliche Teil der Niederschrift der Sitzung vom 26.08.2009 genehmigt.

TOP 3. I N F O R M A T I O N E N

TOP 3.1. Bericht über die Sitzung des Integrationsbeirates Linden-Limmer am 31.08.2009

Bezirksratsherr Horstmann berichtete aus der Sitzung des Integrationsbeirates Linden-Limmer am 31.08.2009, dass es einen Rückblick auf den bereits durchgeführten Workshop dieses Gremiums vom 22.06.2009 gegeben habe. Er nannte im Folgenden die im Workshop formulierten Arbeitsschwerpunkte des Integrationsbeirates Linden-Limmer und führte diesbezüglich folgende Themen an:

- Arbeit mit und für Seniorinnen und Senioren mit Migrationshintergrund
- Kinder und Jugendliche
- Interkulturelle Begegnungen initiieren
- Frauen (Frauenförderung/Gruppenangebote zur Teilhabe/Sprachangebote für Mütter)
- Öffentlichkeitsarbeit (besseres Erreichen der Betroffenen)

Bezirksratsherr Horstmann berichtete, dass ferner in der Sitzung des Integrationsbeirates Linden-Limmer über Zuwendungsanträge beraten und abgestimmt worden sei. Die vom Integrationsbeirat Linden-Limmer ausgesprochenen Empfehlungen würden heute unter TOP 4.5 zur Beschlussfassung dem Bezirksrat vorliegen. Er berichtete, dass einige Antragsteller ihre Projekte in der Sitzung des Integrationsbeirates Linden-Limmer vorgestellt haben. Dieses Verfahren wurde von **Bezirksratsherrn Horstmann** auch für zukünftige Sitzungen des Integrationsbeirates Linden-Limmer begrüßt. **Bezirksratsherr Horstmann** appellierte an die Mitglieder des Bezirkesrates, den Empfehlungen des Integrationsbeirates Linden-Limmer zu folgen, um auch eine Wertschätzung der Arbeit dieses Gremiums deutlich zu machen.

Im Hinblick auf die weitere Arbeit des Integrationsbeirates Linden-Limmer kündigte

Bezirksratsherr Horstmann an, dass Bewilligungskriterien zur Vergabe der Mittel des Integrationsbeirates Linden-Limmer, welche als „Richtschnur“ dienen sollen, erarbeitet werden.

Bezirksbürgermeisterin Knoke bedankte sich bei Bezirksratsherrn Horstmann für den Bericht.

TOP 3.2. Informationen über Bauvorhaben

Frau Hoff informierte, dass sie keine Informationen zu Bauvorhaben im öffentlichen Teil der Sitzung habe.

TOP 4. VERWALTUNGSVORLAGEN

TOP 4.1. Entwurf des Lärmaktionsplanes (LAP) für die Landeshauptstadt Hannover (Drucks. Nr. 1732/2009 mit 1 Anlage)

Bezirksbürgermeisterin Knoke begrüßte zu diesem Tagesordnungspunkt Herrn Kaminski vom Fachbereich Planen und Stadtentwicklung und bat diesen, den Entwurf des Lärmaktionsplans vorzustellen.

Herr Kaminski informierte, dass die Verwaltung den Beschluss zur öffentlichen Auslegung des Entwurfes des Lärmaktionsplans erreichen wolle. Die Anregungen aus der Öffentlichkeit sollen gesammelt und bei der Erstellung der Beschlussdrucksache zum endgültigen Lärmaktionsplan Berücksichtigung finden. **Herr Kaminski** stellte den zeitlichen Rahmen dar und sagte, dass der Lärmaktionsplan voraussichtlich im Sommer / Herbst 2010 beschlossen werden soll.

Herr Kaminski trug im Folgenden die Informationen zur Lärmaktionsplanung in der Landeshauptstadt Hannover entsprechend der Anlage zur Niederschrift vor.

Stellv. Bezirksbürgermeister Grube begrüßte zunächst die Vorstellung des Entwurfes des Lärmaktionsplans. Er sagte, dass der Plan jedoch nicht in allen Teilen vollständig sei und sich der Bezirksrat zukünftig noch mit diesem Thema beschäftigen werde. Er zeigte sich verwundert, dass der Entwurf des Lärmaktionsplans keine Maßnahmen in Bezug auf den Gewerbelärm beinhalten würde und meinte, dass der vorgelegte Entwurf nicht weitreichend genug sei. Dieses betreffe auch Aussagen in Bezug auf die Davenstedter Straße, konkret den Abschnitt zwischen dem Real-Markt und der Brauhofstraße. **Stellv.**

Bezirksbürgermeister Grube erinnerte daran, dass es bereits in der Vergangenheit Forderungen in Bezug auf lärmminimierende und verkehrsberuhigende Maßnahmen im Hinblick auf die Einfallstraßen in den Stadtbezirk, welches insbesondere die Fössestraße, die Davenstedter Straße sowie die Badenstedter Straße seien, gegeben habe. Ferner wünschte **Stellv. Bezirksbürgermeister Grube** weiterführende Aussagen zu dem Baulastträger des Conti-Limmer-Geländes. Er sagte, dass es unstrittig sei, dass Lärmschutzmaßnahmen vor der Aufnahme von Bautätigkeiten vorgenommen werden müssten.

Eine Zustimmung zur Drucksache wurde von **Stellv. Bezirksbürgermeister Grube** trotz der angeführten Kritikpunkte in Aussicht gestellt. Er behielt sich jedoch vor, weiterreichende

Anträge einzubringen.

Bezirksratsherr Eggers ging auf das Geschwindigkeitskonzept auf Hauptverkehrsstraßen ein und richtete die Frage an Herrn Kaminski, welche Entlastungen durch die Reduzierung der zulässigen Höchstgeschwindigkeit von 50 km/h auf 40 km/h auf Hauptverkehrsstraßen zu den unterschiedlichen Tageszeiten zu erwarten seien. Er bezweifelte die Aussage, dass durch eine Geschwindigkeitsreduzierung weniger Lärm und Abgase entstehen und führte als Beispiel die Göttinger Straße an. **Bezirksratsherr Eggers** stellte heraus, dass vielmehr eine technische Weiterentwicklung der PKW eine Reduzierung der Abgase bedinge. Das Projekt der Geschwindigkeitsbegrenzung im Bereich der Göttinger Straße wurde von **Bezirksratsherrn Eggers** im Folgenden als nicht zielführend kritisiert. Er meinte, dass man den technischen Fortschritt nicht an jeder Stelle aufhalten solle und damit eine generelle Reduzierung der Höchstgeschwindigkeit von 50 km/h auf 30 km/h seiner Auffassung nach nicht die vernünftigste Lösung darstelle.

Bezirksratsherr Schimke richtete die Frage an Herrn Kaminski, ob die Einführung von Plaketten geplant sei. Er sagte zudem, dass die Empfehlungswerte, welche in der Drucksache benannt seien, um 5 dB(A) von den Empfehlungen des Umweltbundesamt abweichen würden. Hierzu forderte **Bezirksratsherr Schimke** weitere Erläuterungen. **Bezirksratsherr Schimke** sprach zudem Begrünung als lärmdämmenden Faktor an und bat um Auskunft, ob vermehrt auch Begrünung zur Lärmminimierung eingesetzt werden könne.

Bezirksratsherr Meyer fragte, ob die Aussage von Herrn Kaminski, dass der endgültige Lärmaktionsplan im Sommer bzw. Herbst zur Beschlussfassung gelangen solle, das Jahr 2010 betreffe. Er schloss sich den Aussagen von Stellv. Bezirksbürgermeister Grube an, dass der Gewerbelärm, welcher u.a. von den Städtischen Häfen ausginge, verringert werden müsse. **Bezirksratsherr Meyer** gab zu bedenken, dass die Messwerte von der Windrichtung abhängig seien. Er fragte, ob die Windrichtung bei der Auswertung der Messreihen Berücksichtigung gefunden habe. Er bat zudem um Auskunft, in welchem Zeitraum ein Lärmschutzwall für den Westschnellweg geplant sei und welche Einflussnahme die Verwaltung auf andere Baulastträger wie zum Beispiel die Bahn habe. Ferner bat **Bezirksratsherr Meyer** um Information, in welcher Form der Bezirksrat in das weitere Verfahren eingebunden werde.

Bezirksratsfrau Schweingel nahm auf die Äußerungen von Stellv. Bezirksbürgermeister Grube Bezug und stellte dar, dass die getätigten Äußerungen auch den anderen Mitgliedern des Bezirkrates wichtig seien. **Bezirksratsfrau Schweingel** sagte in Bezug auf den Vortrag von Herrn Kaminski, dass dieser die Fössestraße, Badenstedter Straße sowie die Egestorffstraße der Belastungsstufe 2 zugeordnet habe, jedoch die Drucksache diese Straßen der Belastungsstufe 3 zuweisen würde. Hierzu bat **Bezirksratsfrau Schweingel** um Klärung. Sie fügte hinzu, dass ihrer Meinung nach diese Straßen mit einem Dringlichkeitshinweis für zukünftige Maßnahmen versehen werden müssten. **Bezirksratsfrau Schweingel** deutete die Aussagen der Drucksache dahingehend, dass Maßnahmen nur im Rahmen von Neugestaltungen oder Reparaturmaßnahmen an Straßen ergriffen werden sollen. Sie bat um Auskunft, wie zwingend die Abarbeitung der notwendigen Maßnahmen unter Berücksichtigung der Belastungsstufen sei. **Bezirksratsfrau Schweingel** sei ferner wichtig, dass die Attraktivität des Conti-Limmer-Geländes in Bezug auf den Lärmschutz erhöht werde.

Ratsherr Mineur fragte, ob bei der Verwendung von Flüsterasphalt mit erhöhten Feinstaubwerten zu rechnen sei. Er sprach ferner die Lärminderung von 6 dB(A) bei Verringerung der Geschwindigkeit von 50 km/h auf 30 km/h an und bat Herrn Kaminski um

Erläuterung, was sich nicht Fachkundige unter einer solchen Lärmreduzierung vorstellen sollen.

Herr Kaminski nahm auf die aufgeworfenen Fragen Bezug und erläuterte, dass das Thema Gewerbelärm im Rahmen der Lärmkartierung nach EU-Richtlinie nur unzureichend ermittelt werde. Er ergänzte, dass nur ganz bestimmte IVU-Anlagen (IVU = Integrierte Vermeidung und Verminderung der Umweltverschmutzung) untersucht werden. Eine EU-Richtlinie würde diese Anlagen definieren und nur wenige Anlagen im Stadtgebiet Hannover würden zu den IVU-Anlagen zählen. Die Verwaltung müsse derzeit davon ausgehen, dass diese Anlagen auch nur den Lärm erzeugen, der durch die Genehmigung abgedeckt sei. Verstöße seien durch die Gewerbeaufsicht zu ermitteln. In Bezug auf die Frage von Stellv.

Bezirksbürgermeister Grube sagte **Herr Kaminski**, dass alle Straßenabschnitte erfasst seien, bei denen der nächtliche Pegel an der Fassade 60 dB(A) erreiche oder übertreffe.

Herr Kaminski vermutete, dass bei den von Stellv. Bezirksbürgermeister Grube angesprochenen Bereichen dieser Wert nicht erreicht wurde und damit die benannten Straßenabschnitte keiner Belastungsstufe zugeordnet werden mussten. **Herr Kaminski** äußerte in Bezug auf die Wortbeiträge zur geplanten Bebauung auf dem Conti-Limmer-Gelände, dass zur Aufstellung des Entwurfes des Lärmaktionsplans nur der heute vorhandene Zustand zu bewerten war und zukünftige Zustände und Planungen im Rahmen dieses Lärmaktionsplans nicht abgebildet werden könnten. Vielmehr seien die zukünftige Bebauung des Conti-Limmer-Geländes und die damit verbundene vorausschauende Konfliktbewältigung auch im Hinblick auf Lärm-Immissionen Aufgabe der Bauleitplanung. **Herr Kaminski** informierte, Bezug nehmend auf die Wortbeiträge von Bezirksratsherrn Eggers, dass eine Verringerung der Geschwindigkeit von 50 km/h auf 40 km/h eine um 1,4 bis 2 dB(A) geringere Belastung und eine Geschwindigkeitsreduzierung von 50 km/h auf 30 km/h sogar eine um 3 dB(A) geringere Lärmbelastung ergeben würde.

Bezirksratsherr Eggers warf ein, dass er sich unter diesen Angaben nichts vorstellen könne.

Herr Kaminski sagte, dass 3 dB(A) für den Menschen als Lärminderung registrierbar und auf jeden Fall als Erfolg zu werten seien. **Herr Kaminski** fuhr fort, dass die A2 vor allem nachts ein Problem darstellen würde, da dort ein sehr hoher Schwerlastverkehr vorherrsche. Erschwerend hinzu käme, dass in diesem Bereich zahlreiche nächtliche Unfälle zu verzeichnen seien. Der Schwerlastverkehr sei jedoch durch eine Geschwindigkeitsreduzierung schwer zu erreichen, da derzeit schon für diese Verkehrsteilnehmer eine Höchstgeschwindigkeit von 80 km/h gelte. Durch Verkehrsbeeinflussungsmaßnahmen wäre eine Verringerung der zulässigen Höchstgeschwindigkeit für PKW jedoch schnell erreichbar. Eine solche Maßnahme würde eine Verringerung des Pegels erwarten lassen und die Verwaltung werde diese Überlegungen mit der Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr ansprechen. **Herr Kaminski** antwortete auf die Frage von Bezirksratsherrn Schimke, dass es in Hannover keine Plaketten geben werde. **Herr Kaminski** erwarte vielmehr neue Vorschriften der EU in Bezug auf die Reduzierung von Reifen- und Fahrzeuglärm. Hinsichtlich der von Bezirksratsherrn Schimke vorgeschlagenen zusätzlichen Begrünung äußerte **Herr Kaminski**, dass eine solche Maßnahme wenig erfolgversprechend sei, da diese Maßnahme nur bei weitaus höheren Bewuchstiefen eine Lärmreduzierung vermuten lasse. Er meinte, dass eine Begrünung das subjektive Empfinden zwar positiv beeinflussen werde, sich jedoch am Pegel keine Veränderungen zeigen würden.

Bezirksratsherr Schimke meinte, dass die Ausbreitung des Schalls abhängig sei von der Beschaffung der Oberflächen.

Herr Kaminski konnte sich kleinere Effekte durch eine Begrünung vorstellen, verneinte aber eine Lärmminimierung bei geringen Bewuchstiefen wie zum Beispiel einer Baumreihe. Die Abweichungen der Grenzwerte zu den Empfehlungen des Umweltbundesamtes erklärte **Herr Kaminski** damit, dass nur so eine Priorisierung der Straßen erreicht werden konnte. In einer ersten Stufe sollen nur die extrem belasteten Bereiche mit Pegelwerten von 60 dB(A) bis 65 dB(A) benannt und Maßnahmen gefunden werden. Auf die Frage von Bezirksratsherrn Meyer antwortete **Herr Kaminski**, dass nach Beteiligung der Gremien, der Baulastträger sowie der Bürger, der Entwurf des Lärmaktionsplans im Laufe des Jahres 2010 zum endgültigen Lärmaktionsplan überarbeitet und vom Rat beschlossen werden soll. Auf weitere Fragen von Bezirksratsherrn Meyer sagte **Herr Kaminski**, dass im Rahmen der Lärmkartierung nicht gemessen sondern gerechnet werde. Die Berechnungen würden durch ständige Messungen geeicht und kontrolliert. Er erklärte, dass man durch Messungen einen punktuellen Wert erhalten würde, der nicht die tatsächliche Situation widerspiegele. Das angewandte Verfahren habe sich als realitätsgetreu und zuverlässig bewährt. **Herr Kaminski** sagte, dass zeitnah Gespräche mit anderen Aufgabenträgern geplant seien. Die Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr, Geschäftsbereich Hannover, habe bereits zu der Verwaltung Kontakt aufgenommen, um zu erfahren, in welchen Bereichen eine große Betroffenheit gegeben sei. Mittel würden jährlich durch das Nationale Verkehrslärmschutzpaket zur Verfügung stehen. Einer Planung steht somit nichts im Weg und die Landesbehörde werde sicherlich eine Prioritätenliste erarbeiten. Weiter informierte er, dass das Messprogramm an Fahrbahnoberflächen zeitnah erfolgen soll, so dass im nächsten Jahr Ergebnisse zu erwarten seien. In welcher Weise eine Einflussnahme bei dem weiteren Vorgehen auf die Bahn ausgeübt werden könne, konnte **Herr Kaminski** derzeit noch nicht sagen. **Herr Kaminski** berichtete aber, dass auch die Bahn einen Etat für Lärmsanierung habe. In welcher Weise die Verwaltung Einfluss auf zukünftige Maßnahmen gegenüber diesem Träger geltend machen könne sei derzeit noch offen. Auf die Äußerung von Bezirksratsfrau Schweingel korrigierte **Herr Kaminski** seine Erläuterung, indem er sagte, dass die Fössestraße der Belastungsstufe 3 zugeordnet wäre. **Herr Kaminski** antwortete auf die Bemerkungen von Ratsherrn Mineur, dass es wissenschaftlich noch nicht eindeutig nachgewiesen sei, dass durch Flüsterasphalt eine höhere Feinstaubbelastung entstehe. Zu den Wortbeiträgen von Ratsherrn Mineur führte **Herr Kaminski** als Beispiel die Stadt Berlin an, die mit erfolgreichen Ergebnissen nachts eine Höchstgeschwindigkeit von 30 km/h auf Hauptverkehrsstraßen eingeführt habe.

Bezirksratsfrau Steingrube sprach das LKW-Lenkungskonzept an und zitierte den Lärmaktionsplan dahingehend, dass die Auswirkungen dieses Konzeptes eher gering seien. Sie sagte, dass aufgrund der Einführung einer Maut für LKW auf Autobahnen, verstärkt LKW-Fahrer den Westschnellweg nutzen und in Folge auch die Göttinger Straße befahren würden. Sie fragte nach möglichen Maßnahmen, um das Stadtgebiet von diesem Verkehr zu entlasten. **Bezirksratsfrau Steingrube** sagte weiter, dass die Forderung nach einem stetigen Verkehrsfluss bei zeitgleicher Umsetzung einer Geschwindigkeitsreduzierung gegenläufig wäre. Sie führte an, dass es in Hannover sehr viele Ampelanlagen gäbe und betonte, dass der Lärm auch durch hohe Abrollgeräusche der Reifen entstehe.

Bezirksratsfrau Steingrube sagte, dass es nicht jedem PKW-Fahrer gelinge, sein Auto so effizient zu schalten, dass man bei einer Geschwindigkeitsreduzierung auf 30 km/h oder 40 km/h automatisch von geringeren Motorgeräuschen ausgehen könne.

Bezirksratsherr Eggers fragte, ob bei der Reduzierung der Höchstgeschwindigkeit an jeder Straßeneinmündung ein zusätzliches Schild aufgestellt werden müsse.

Bezirksratsherr Meyer sagte, dass die EU-Richtlinie aus dem Jahr 2002 sei und seiner Ansicht nach bereits Maßnahmen überfällig wären. Er fragte, ob diese EU-Richtlinie auch für die Bundesbahn gelten würde. Er ergänzte, dass sich seiner Meinung nach auch dieser

Träger seit 2002 gebunden gefühlt haben müsste und genügend Zeit für eine Rücklagenbildung gewesen wäre. **Bezirksratsherr Meyer** appellierte daran, dass auch Lärmesspunkte eingerichtet werden. Die Erfahrung zeige, dass die Berechnungen nicht in jedem Fall korrekt wären und **Bezirksratsherr Meyer** führte als Beispiel die Skater-Problematik an.

Bezirksratsfrau Kleinhüchelkotten bat um Auskunft, wie die Zahl der Betroffenen der einzelnen Stufen ermittelt worden sei. Sie fragte weiter, ob Maßnahmen zur Beteiligung der Öffentlichkeit geplant seien, die über die öffentliche Auslegung des Entwurfes des Lärmaktionsplans hinausgingen. Sie vermisse ferner im Maßnahmenkatalog den Hinweis auf weitere Öffentlichkeitsarbeit.

Herr Kaminski antwortete auf die Fragen von Bezirksratsfrau Steingrube, dass festgestellt worden sei, dass LKW-Fahrer in Hannover die Straßen befahren, die dafür vorgesehen seien. Die „Maut-Flüchtlinge“ habe die Verwaltung durchaus zum Zeitpunkt der Einführung der Maut als mögliches Problem gesehen, jedoch hätten Zählungen keinen höheren LKW-Verkehr durch die Maut belegen können. Aus Lärmgesichtspunkten wäre ein langsames Fahren mit gleichzeitig wenig Brems- und Beschleunigungsvorgängen wünschenswert. Dies werde insbesondere auch durch Ampelanlagen beeinflusst. Eine Abstimmung der Anlagen soll zukünftig verbessert werden, um einen stetigen Verkehrsfluss zu erhalten. Die Verpflichtung zur Verwendung von geräuschärmeren Reifen stehe nicht im Einflussbereich der Verwaltung. Hier müsse nach Einschätzung von **Herrn Kaminski** der Gesetzgeber Vorgaben machen. **Herr Kaminski** sagte, dass die Anzahl der benötigten Schilder ein Prüfkriterium sei, welches nach Ansicht von **Herrn Kaminski** wiederum ein Ausschlusskriterium sein könnte. **Herr Kaminski** erläuterte zu den Anmerkungen von Bezirksratsherrn Meyer, dass die EU-Richtlinie 2002 verabschiedet wurde. Angeschlossen habe sich das Verfahren der Deutschen Gesetzgebung. Insbesondere wären das Bundesimmissionsschutzgesetz verändert, eine Lärmkartierungsverordnung sowie eine Zuständigkeitsverordnung des Landes erlassen und im März 2007 wäre entschieden worden, dass die Stadt Hannover die Zuständigkeit für dieses Thema erhalte. Der größte Arbeitsaufwand lag in der Erarbeitung der Grundlagendaten. **Herr Kaminski** sagte, dass die Bahn nach Vorgaben des Bundes Mittel für Lärmschutz einsetzen müsse. Auf die Frage von Bezirksratsfrau Kleinhüchelkotten antwortete **Herr Kaminski**, dass mit Hilfe des Gebäudemodells, welches auch die Einwohnerzahlen beinhalte, eine Ermittlung der Betroffenen möglich wäre. Abschließend äußerte **Herr Kaminski**, dass eine Öffentlichkeitsbeteiligung gewünscht werde u.a. im Zusammenhang mit der Geschwindigkeitsreduzierung, und er verwies auch auf den jährlich stattfindenden "Tag des Lärms". Dieser Aktions-Tag sei jedoch unabhängig von den Maßnahmen in Bezug auf den Lärmaktionsplan zu sehen.

Bezirksbürgermeisterin Knoke bedankte sich bei Herrn Kaminski und stellte die Drucks.-Nr. 1732/2009 zur Abstimmung.

Antrag,

- 1) dem Entwurf des Lärmaktionsplanes (Anlage) zuzustimmen und
- 2.) die öffentliche Auslegung für die Dauer eines Monats zu beschließen.

15 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 3 Enthaltungen
In die Ratsgremien

TOP 9.

**EINWOHNER- und EINWOHNERINNENFRAGESTUNDE gegen 20.00 Uhr,
nach abschließender Beratung eines Tagesordnungspunktes**

Bezirksbürgermeisterin Knoke eröffnete die Einwohnerinnen- und Einwohnerfragestunde um 20.15 Uhr. Aufgrund fehlender Wortmeldungen wurde diese sogleich wieder geschlossen.

Es folgte eine Sitzungspause von 20.15 bis 20.25 Uhr.

Bezirksbürgermeisterin Knoke informierte, dass einige Einwohnerinnen und Einwohner zu dem Thema – Hochbahnsteige in der Limmerstraße - die Sitzung des Bezirkrates besuchen würden und dass sie aus diesem Grund die Einwohner- und Einwohnerinnenfragestunde nach TOP 5.1.1.1 erneut eröffnen werde.

TOP 4.2.

Konjunkturprogramm II - Ergänzung (Drucks. Nr. 1854/2009 mit 2 Anlagen)

Antrag,

den nachfolgenden Änderungen zur Konjunkturprogrammdrucksache Nr. 0429/2009

1. Budgetveränderungen von vier Schulprojekten
GY Wilhelm-Raabe-Schule: Erhöhung um 0,25 Mio. (von 0,7 Mio. auf 0,95 Mio.) €
IGS Kronsberg AS Bemerode: Erhöhung um 0,09 Mio. (von 0,1 Mio. auf 0,19 Mio.) €
GS Friedrich-Ebert-Schule: Erhöhung um 0,18 Mio. (von 0,4 Mio. auf 0,58 Mio.) €
GS Gebrüder-Körting-Schule: Absenkung um 0,1 Mio. (von 1,2 Mio. auf 1,1 Mio.) €
2. Budgeterhöhung für die Fassadensanierung am Theater am Aegi um 500.000 € mit Zufinanzierung aus dem Vermögenshaushalt 2010 und
3. Ersatz des Projektes Brandschutzmaßnahmen am Raschplatzpavillon durch das Projekt Grundsanierung der Kita Gronostrasse mit Zufinanzierung des Restbudgets in Höhe von 450.000 € aus dem Wirtschaftsplan des Gebäudemanagements

zuzustimmen.

Finanzierung

Die Gesamtfinanzierungssumme des Programms erhöht sich um 950.000 €. Die Deckung ist gesichert aus bestehenden Ansätzen im Vermögenshaushalt und im Wirtschaftsplan des Gebäudemanagements.

Bezirksratsherr Eggers stellte fest, dass sich der Bezirksrat entsprechend der Begründung der Drucksache in den vorangegangenen Sitzungen aufgrund des Gebäudezustandes in großer Lebensgefahr befunden habe. Die Begründung der Drucksache würde aussagen, dass bei Sonderveranstaltungen Brandwachen eingesetzt werden müssten.

Bezirksratsherr Eggers fragte, ob die Sitzungen des Bezirkrates als Sonderveranstaltungen anzusehen und Brandwachen vor Ort seien.

Bezirksbürgermeisterin Knoke begrüßte zu dem Tagesordnungspunkt Herrn Meyer-Hublitz vom Fachbereich Gebäudemanagement.

Herr Meyer-Hublitz antwortete auf die Frage von Bezirksratsherrn Eggers, dass Rauchmelder sichtbar unter den Deckenbereichen angebracht worden seien. Eine Sonderveranstaltung wäre zu bejahen, wenn über 400 Personen an der Veranstaltung teilnehmen würden. Diese Personenanzahl wäre hier jedoch von vornherein nicht zulässig.

Bei einer Sonderveranstaltung müssten ein bis zwei Feuerwehrleute anwesend sein, die im Brandfall sofort Maßnahmen einleiten müssten.

16 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 1 Enthaltung
(Bezirksratsherr Knoke war bei der Abstimmung nicht anwesend)
In die Ratsgremien

TOP 4.3.

Zuwendung zur energetischen Sportstättenanierung an die Volksbad Limmer GbR (Drucks. Nr. 1758/2009)

Antrag,

zu beschließen, der Volksbad Limmer GbR für den Einbau von Hocheffizienzpumpen im Volksbad Limmer eine Zuwendung zur energetischen Sportstättenanierung in Höhe von 35.000 € zu bewilligen.

Mittel zur Deckung dieses Betrages stehen im Vermögenshaushalt 2009 in der HMK 5520.901-988000 - Investitionszuschüsse an übrige Bereiche - energetische Sanierung von Vereinssportanlagen - zur Verfügung.

Frau Sufin wies darauf hin, dass der Sportausschuss vorbehaltlich des Votums des Stadtbezirksrates in seiner Sitzung am 14.09.2009 bereits einstimmig der Drucksache zugestimmt habe.

Einstimmig
(Bezirksratsherr Knoke war bei der Abstimmung nicht anwesend)
In die Ratsgremien

TOP 4.4.

Zuwendung zur energetischen Sportstättenanierung an den SC Elite (Drucks. Nr. 15-1777/2009)

Antrag,

zu beschließen, dem Sport-Club Elite von 1921 e.V. für die energetische Sanierung seines Vereinshauses eine Zuwendung zur energetischen Sportstättenanierung in Höhe von 20.000 € zu bewilligen.

Mittel zur Deckung dieses Betrages stehen im Verwaltungshaushalt 2009 in der HMK 5520.000-718000 - Vereinssportanlagen, Zuschüsse an übrige Bereiche - energetische Sanierung von Vereinssportstätten - zur Verfügung.

Einstimmig
(Bezirksratsherr Knoke war bei der Abstimmung nicht anwesend)
In die Verwaltung (52, 67.11)

TOP 4.5.

Zuwendungen auf Vorschlag des Integrationsbeirates Linden-Limmer

Auf Vorschlag von **Bezirksbürgermeisterin Knoke** stimmte der Bezirksrat einer Abstimmung der sechs Zuwendungsdrucksachen - TOP's 4.5.1. bis 4.5.6 - "en bloc" zu.

Bezirksratsfrau Schweingel bat um Vorstellung der Zuwendungsdrucksachen, damit auch eine Information des Publikums erfolge.

Bezirksbürgermeisterin Knoke stellte daraufhin die Drucksachen kurz vor.

TOP 4.5.1.

**Zuwendung an den Verein für interkulturelle Arbeit in Linden e.V.
(Drucks. Nr. 15-1865/2009)**

Antrag,

die Vergabe einer Zuwendung in Höhe von 3.000 € an den Verein für interkulturelle Arbeit in Linden e.V. für die Durchführung des Projektes "Bildung schafft Zukunft" auf Vorschlag des Integrationsbeirates Linden-Limmer zu beschließen.

TOP 4.5.2.

**Zuwendung an die Vernetzte Sprachförderung und Elternförderung im Stadtteil Linden-Süd
(Drucks. Nr. 15-1868/2009)**

Antrag,

die Vergabe einer Zuwendung in Höhe von 1.325 € an die Vernetzte Sprachförderung und Elternförderung im Stadtteil Linden-Süd für die Durchführung des Biographie-Projektes "Starke Frauen - starker Stadtteil" auf Vorschlag des Integrationsbeirates Linden-Limmer zu beschließen.

TOP 4.5.3.

**Zuwendung an den Verein Netzwerk Lebenskunst e.V.
(Drucks. Nr. 15-1869/2009)**

Antrag,

die Vergabe einer Zuwendung in Höhe von 2.800 € an den Verein Netzwerk Lebenskunst e.V. für Mal- und Bastelbedarf im Rahmen der Projekte "Nele" und "Kreofant" auf Vorschlag des Integrationsbeirates Linden-Limmer zu beschließen.

TOP 4.5.4.

**Zuwendung an die Kindertagesstätte St. Nikolai
(Drucks. Nr. 15-1870/2009)**

Antrag,

die Vergabe einer Zuwendung in Höhe von 3.000 € an die Kindertagesstätte St. Nikolai für das Projekt "Integration durch geschlechtsspezifische Angebote in der Kindertagesstätte" auf Vorschlag des Integrationsbeirates Linden-Limmer zu beschließen.

TOP 4.5.5.

**Zuwendung an den Verein JugendAktionsNetzwerk Umwelt- und Naturschutz e.V.
(JANUN)
(Drucks. Nr. 15-1871/2009)**

Antrag,

die Vergabe einer Zuwendung in Höhe von 330 € an den Verein JugendAktionsNetzwerk Umwelt- und Naturschutz e.V. (JANUN) für die Druckkosten eines Stadtteilkalenders im Rahmen eines Kinder- und Jugend-Beteiligungsprojektes zu beschließen.

TOP 4.5.6.

Zuwendung an gEMiDe (Drucks. Nr. 15-1872/2009)

Antrag,

die Vergabe einer Zuwendung in Höhe von 2.500 € an gEMiDe - gesellschaftliches Engagement von Migrantinnen, Migranten und Deutsche beim Bund türkisch-europäischer Unternehmer/-innen BTEU e.V. für das Projekt "Hannover ist unser Zuhause" auf Vorschlag des Integrationsbeirates Linden-Limmer zu beschließen.

Die TOP's 4.5.1 bis 4.5.6 wurden einstimmig beschlossen.
(Bezirksratsherr Knoke war bei der Abstimmung nicht anwesend)
In die Verwaltung (18.62.10)

TOP 5.

A N T R Ä G E

TOP 5.1.

der SPD-Fraktion

TOP 5.1.1.

Hochbahnsteige in der Limmerstr. bzw. auch der Stadtbahnlinie D (Drucks. Nr. 15-1947/2009)

TOP 5.1.1.1.

Ergänzungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Hochbahnsteige in der Limmerstr. bzw. auch der Stadtbahnlinie D (Drucks. Nr. 15-1947/2009 E1)

Bezirksratsherr Horstmann trug den Antrag Drucks.-Nr. 15-1947/2009 vor.

Antrag,

der Bezirksrat möge beschließen:

Die Verwaltung wird gebeten, bevor eine Beschlussdrucksache zum Hochbahnsteig am Küchengarten in den Bezirksrat Linden-Limmer eingebracht wird, zumindest aber zeitgleich nicht nur Kostenberechnungen für die geplanten Varianten, sondern auch für die Einführung eines Niederflursystems vorzulegen.

Dabei sind alle Infrastrukturmaßnahmen wie die Beschaffung des speziellen Fahrzeugparks einschließlich Betriebsreserve sowie Kosten der Halteboards an den Haltestellen, Rückbau von bestehenden Hochbahnsteigen und sämtlicher weiteren Infrastrukturkosten, die durch die Einführung und den Betrieb entstehen würden, zu berücksichtigen. In dieser Kostengegenüberstellung sollte auch der Verzicht auf Hochbahnsteige und der ersatzweise Einsatz von Niederflurbussen auf dieser Strecke kalkuliert werden. Darüber hinaus sollten auch die Auswirkungen eines Niederflursystem auf die Streckenführung der Linie 10 z.B. im

Nachtsternverkehr sowie anderer auf dem gleichen Streckennetz verkehrender Linien dargestellt werden. Der Bericht sollte auch einen Zeitplan zur möglichen Realisierung der einzelnen Varianten enthalten.

Bezirksratsherr Horstmann ergänzte, dass in der letzten Sitzung des Bezirkrates deutlich geworden sei, dass von den Beteiligten unterschiedliche Systeme befürwortet werden. Vor einer abschließenden Beschlussfassung seien daher umfangreiche Daten zu sammeln, welche Grundlage einer anschließenden Diskussion und Entscheidung sein sollen.

Stellv. Bezirksbürgermeister Grube stimmte dem SPD-Antrag zwar zu, war aber der Ansicht, dass dieser nicht weitreichend genug sei, und er verlas daraufhin den Ergänzungsantrag.

Antrag,

der Bezirksrat möge beschließen:

In die im vorgelegten Antrag geforderte Gegenüberstellung der Kosten und Erstellungszeiträume für die beiden Systeme ‚Hochbahnsteige‘ und ‚Niederflur‘ werden sämtliche Kosten für das Hochbahnsteigsystem

- für eine Variante mit oberirdischer Streckenführung inklusive eines Ausbaus der Innenstadtstrecke und,
- eine Variante mit unterirdischer Streckenführung, dem so genannten D -Tunnel,

für die gesamte Linie 10 einbezogen.

Zudem sollte der unterschiedliche Nutzen der einzelnen Systeme und Varianten neutral mit dargestellt werden, sowohl in verkehrlicher Hinsicht, aber auch in Bezug auf die Straßenraumgestaltung, den Städtebau und den umgebenden Einzelhandel.

Die Gegenüberstellungen insgesamt sollen einen Vergleich der beiden Systeme und der beiden Hochbahnsteigvarianten ermöglichen und damit eine notwendige Voraussetzung zur Entscheidungsfindung bilden.

Stellv. Bezirksbürgermeister Grube führte weiter aus, dass es ihm wichtig sei, alle angesprochenen Systeme nebeneinander auch im Hinblick auf die entstehenden Kosten vergleichen zu können. Erst danach könne man entscheiden, welches System am sinnvollsten sei.

Bezirksratsherr Schimke bat die SPD-Fraktion um Auskunft, welche Motivation hinter dem Antrag stehen würde. Er sagte, dass es in der Diskussion darum ginge, welches System für die betroffenen Geschäftsleute und Bürger am sinnvollsten sei. Der SPD-Antrag würde jedoch lediglich die Kosten der Systeme fokussieren.

Bezirksratsherr Horstmann sagte, dass ein wesentlicher Punkt für mögliche Entscheidungen der Kostenaspekt sei. **Bezirksratsherrn Horstmann** stimmte den weiteren Äußerungen von Bezirksratsherrn Schimke zu und stellte klar, dass bei der Beschlussfassung natürlich auch die Belange der Betroffenen Berücksichtigung finden müssten und keineswegs nur der Kostenfaktor ausschlaggebend sein dürfe. Eine umfassende Datenlage sei jedoch für **Bezirksratsherrn Horstmann** unumgänglich. Aus diesem Grund sei schließlich auch der SPD-Antrag von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ergänzt worden.

Bezirksratsherr Meyer informierte, dass die Fraktion DIE LINKE. sowohl den SPD-Antrag als auch den Ergänzungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ablehnen werde, da sich die Fraktion DIE LINKE. eindeutig für ein Niederflurbahnssystem ausspreche. Er bat die anderen Fraktionen, die Anträge zurückzuziehen, da seiner Ansicht nach die Anträge

nur aus Gründen des Wahlkampfes eingebracht worden seien. **Bezirksratsherr Meyer** verwies dazu auf eine Äußerung eines SPD-Politikers aus dem Stadtbezirk Linden-Limmer, der sich sinngemäß gegen einen Hochbahnsteig in der Limmerstraße ausgesprochen und diese Hochbahnsteige als städtebauliches Monstrum zu Lasten des Einzelhandels, der Fahrradfahrer sowie der Fußgänger bezeichnet habe. **Bezirksratsherr Meyer** gab zu bedenken, dass der Bezirksrat nicht mehr endlos Zeit für Prüfaufträge habe.

Bezirksratsherr Hadasch sagte, dass der Ergänzungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im letzten Absatz einen Fehler beinhalten würde. Dort werde u.a. ein Vergleich der beiden Hochbahnsteigvarianten gefordert, welches nach Ansicht von **Bezirksratsherrn Hadasch** nicht möglich sei, da ein Niederflursystem keine Hochbahnsteige benötige. Die Bordsteine seien bei einem Niederflursystem, wie es in Bremen zur Anwendung komme, nur ca. 4,5 bis 10,5 cm hoch. **Bezirksratsherr Hadasch** vermutete, dass eine Kostenaufstellung zum Thema Niederflurbahn von Seiten der Stadt Hannover oder der üstra nicht objektiv sei, da von dort dieses System nicht befürwortet werde. **Bezirksratsherr Hadasch** konnte weiter berichten, dass in Bremen Rollstuhlfahrer ohne Probleme eigenständig die Bahnen nutzen könnten. Er wiederholte seine Forderung, Fachleute von der Stadt Bremen einzuladen, die umfassend das System der Niederflurbahn erklären und auf Fragen antworten könnten. **Bezirksratsherr Hadasch** kündigte an, den Anträgen zuzustimmen.

Bezirksratsherr Eggers vermutete ebenfalls, dass das Ergebnis der Kostenaufstellung der Stadt Hannover für einen Niederflurbetrieb utopisch hohe Zahlen bringen werde. Er betonte, dass die CDU-Fraktion den Hochbahnsteig nicht in der Limmerstraße unterstütze, sondern an dem Standort Spinnereistraße. **Bezirksratsherr Eggers** sagte, dass der Bezirksrat lediglich eine Empfehlung ausspreche, die Entscheidung jedoch die Region Hannover treffen werde. Er stellte weiter heraus, dass die CDU-Fraktion vor Jahren eine unterirdische Streckenführung für die gesamte Linie 10 gefordert, aber keinerlei Unterstützung von Seiten der übrigen Mitglieder des Bezirkes erhalten habe. Er sei verwundert, dass nunmehr die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN diese Möglichkeit heranziehe. **Bezirksratsherr Eggers** kündigte an, dass dem Antrag aus vorgenannten Gründen nicht zugestimmt werden könne.

Stellv. Bezirksbürgermeister Grube widersprach Bezirksratsherrn Hadasch, dass der Ergänzungsantrag einen Fehler enthalte, da es sehr wohl mehrere Hochbahnsteigvarianten gäbe. **Stellv. Bezirksbürgermeister Grube** sah die Einführung des Systems Niederflurbahn nicht von vornherein als unbezahlbar an. Er sagte, dass auch in Vorbereitung der voraussichtlich im November 2009 stattfindenden Anhörung, zu der auch Vertreter der Region eingeladen würden, Überlegungen zu den Kosten der Systeme angestellt werden müssten.

Ratsherr Nikoleit meinte, dass erst einmal Überlegungen zu einem Konzept mit Linienführung angestrengt werden müssten und nicht nur über die Varianten Hochbahnsteig oder Niederflurtechnik diskutiert werden dürfe. Er kritisierte, dass Gelder für den Bau von Hochbahnsteigen ausgegeben würden, deren Sinnhaftigkeit in Frage zu stellen sei.

Als Beispiel führte er den Bereich Lange Laube sowie den Aegidientorplatz an.

Bezirksratsfrau Steingrube kritisierte die Äußerungen von Ratsherrn Nikoleit. Sie sagte, dass bereits vor acht Jahren im Bereich des Aegidientorplatzes ein Hochbahnsteig errichtet wurde und am Steintor aus Sicherheitsgründen die Schienen ausgetauscht werden müssten. Zudem würden am Steintor sowohl die Linie 10 als auch die Linie 17 fahren. Sie warf Ratsherrn Nikoleit vor, Wahlkampf zu betreiben. **Bezirksratsfrau Steingrube** ergänzte, dass die Hochbahnsteige zudem aus Mitteln des Bundes mitfinanziert worden seien und die

Stadt Hannover oder die Region Hannover hätten diese nicht alleine finanziert. Der Öffentliche Personennahverkehr werde jedes Jahr mit 60 Mio. Euro kofinanziert. Dies sei ihrer Ansicht nach eine Menge Geld und es bedürfe genauer Überlegungen, für welche Maßnahmen diese Mittel eingesetzt werden.

Ratscherr Nikoleit meinte, dass vielmehr die Sinnhaftigkeit der Aussage von Bezirksratsfrau Steingrube, die zuvor in der Sitzung die Fähigkeiten von PKW-Fahrern in Zweifel gestellt habe, in Frage zu stellen sei. Er sagte, dass im Bereich des Steintors und am Hauptbahnhof keine Hochbahnsteige gebaut werden sollen. **Ratscherr Nikoleit** fragte aus welchen Gründen dann an anderen Stellen, wie zum Beispiel der Limmerstraße, der Bau von Hochbahnsteigen vorangetrieben werde, obwohl die in der Mobilität eingeschränkten Menschen nicht an allen Haltestellen die Möglichkeit des Ausstiegs haben. Er wies eindeutig den Vorwurf des Wahlkampfes an dieser Stelle zurück.

Bezirksratscherr Knoke sagte ebenfalls, dass der SPD-Antrag nicht aus Gründen des Wahlkampfes gestellt worden sei, vielmehr eine Kostenaufstellung gefordert werde. Der Tunnel würde aus Kostengründen seiner Ansicht nach jedoch nicht in die Diskussion gehören. Als umsetzbare Alternativen sehe **Bezirksratscherr Knoke** lediglich Hochbahnsteige oder den Einsatz der Niederflurtechnik. Er sprach sich für eine Entscheidungsgrundlage aus, stellte aber fest, dass die letztendliche Entscheidung zu dem System und den Fahrzeugtypen die Region Hannover treffen werde.

Bezirksratscherr Meyer erwähnte, dass Bezirksratscherr Knoke bereits vor zwei Jahren die Möglichkeit gehabt habe, die Regionsverwaltung in Bezug auf die Kosten zu befragen. **Bezirksratscherr Meyer** meinte, dass im Verkehrsplan 2009 aufgenommen sei, dass es aus Kostengründen keine Tunnelvariante geben werde. Somit könnten Gegenstand der Diskussion ausschließlich der Hochbahnsteig oder die Niederflurtechnik sein. Er appellierte daran, dem Bürgerwillen zu entsprechen.

Bezirksratscherr Knoke ergänzte, dass es 2011 einen neuen Nahverkehrsplan geben werde, in welchem die Möglichkeit der Aufnahme eines Tunnels gegeben wäre.

Bezirksbürgermeisterin Knoke stellte den Ergänzungsantrag Drucks.-Nr. 15-1947/2009 E1 zur Abstimmung.

13 Ja-Stimmen, 5 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen
In die Verwaltung (66)

Bezirksbürgermeisterin Knoke stellte daraufhin die Drucks.-Nr. 15-1947/2009 - in der zuvor ergänzten Fassung - zur Abstimmung.

13 Ja-Stimmen, 5 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen
In die Verwaltung (66)

TOP 9.

**EINWOHNER- und EINWOHNERINNENFRAGESTUNDE gegen 20.00 Uhr,
nach abschließender Beratung eines Tagesordnungspunktes**

Bezirksbürgermeisterin Knoke eröffnete die Einwohner- und Einwohnerinnenfragestunde um 21.05 Uhr.

Im Rahmen der Einwohner- und Einwohnerinnenfragestunde wurde folgendes Thema

angesprochen:

- Planungen zum Hochbahnsteig

Der 1. Sprecher bedankte sich bei der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN für die Einbringung des Ergänzungsantrages. Er sagte, dass sich die Betroffenen keine Hochbahnsteigvariante vorstellen könnten und damit den Äußerungen von Bezirksratsherrn Meyer zugestimmt werde, dass der Bürgerwunsch Berücksichtigung finden sollte. In Bezug auf die vorhandene Außenbewirtschaftung und das Gemeinschaftslebens auf der Limmerstraße seien Hochbahnsteige in diesem Bereich für die Anlieger unvorstellbar. **Der Sprecher** warb im Folgenden für ein Gutachten der BiU (Bürgerinitiative Umweltschutz) und des Verkehrsclubs Deutschland. Er sagte, dass er von dem Vorhaben der SPD-Fraktion stark enttäuscht sei. Man sollte nach Ansicht des Sprechers bei derartigen Vorhaben zukunftsorientiert entscheiden. **Der Sprecher** informierte, dass aus dem genannten Gutachten u.a. hervorginge, dass viele Städte die Niederflurtechnik favorisieren würden. Dieses System werde von der Bevölkerung in jedem Fall besser angenommen als die Hochbahnsteige. **Der Sprecher** hoffte, dass im Rahmen der Diskussion noch einmal die Meinungen überdacht werden.

Stellv. Bezirksbürgermeister Grube berichtete, dass in der letzten Sitzung eine Positionierung der Fraktionen bereits stattgefunden habe und sich die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN klar für eine Niederflurbahn ausgesprochen habe. Es sei die Durchführung einer Anhörung beschlossen worden, in der auch die von dem 1. Sprecher benannte Broschüre vorgestellt werden solle. Die Anhörung, so **Stellv.**

Bezirksbürgermeister Grube, werde frühestens im November 2009 stattfinden und es seien die Region Hannover, die BiU und der Verkehrsclub Deutschland eingeladen. Er hoffe, dass die Kostenaufstellung bis zu diesem Zeitpunkt vorliege, um einen Vergleich anstellen zu können. Er sagte, dass die Fraktionen und Einzelvertreter zwar unterschiedliche Position vertreten würden, jedoch gemeinsam an der Anhörung interessiert seien.

Bezirksratsfrau Lemke bat den Sprecher, sich vorzustellen.

Der 1. Sprecher stellte sich kurz vor. Er sagte insbesondere, dass er in Linden-Mitte wohne. Er führte nochmals aus, dass sich europaweit das System der Niederflurbahn durchgesetzt habe. Er appellierte daran, zukunftsorientiert zu denken und die Interessen der Geschäftsleute zu berücksichtigen.

Die 2. Sprecherin stellte sich als Inhaberin eines Geschäftes am Küchengarten vor und kündigte eine Unterschriftensammlung gegen den Hochbahnsteig in der Limmerstraße an. Sie berichtete, dass ca. 95% der Bevölkerung jeden Alters bereit sei, sich an der Unterschriftenaktion zu beteiligen. Sie sagte, dass noch nicht alle Betroffenen von dem Vorhaben des Baus eines Hochbahnsteigs in der Limmerstraße Kenntnis hätten.

Der 3. Sprecher meinte, dass man auch die Interessen der Behinderten, der älteren Leute und der Personen mit Kinderwagen berücksichtigen müsste. Die Hochbahnsteige würden gerade für in der Mobilität eingeschränkte Menschen errichtet. Er kritisierte, dass es den Vorrednern nicht im Geringsten um diese Personengruppe gegangen sei. **Der Sprecher** schlug vor, den Hochbahnsteig im Bereich vor dem „Viktoria-Zentrum“ zu errichten.

Bezirksratsfrau Schweingel wies darauf hin, dass der Bezirksrat sich seit Jahren für die Interessen von in der Mobilität eingeschränkten Menschen einsetze, jedoch bisher kein entsprechender Antrag Erfolg gehabt habe. Sie sagte, dass der Vorschlag weiterverfolgt

werden sollte, an den Bushaltestellen entsprechende Borde für Rampen der Busse zu errichten. Auf diese Weise soll der Personengruppe schnell und kostengünstig entgegengekommen werden. **Bezirksratsfrau Schweingel** wies den Vorwurf zurück, sich nicht für die Belange dieser Zielgruppe einzusetzen.

Der 4. Sprecher sagte, dass fast 90% der Busse bereits mit Rampen ausgestattet seien. Er sprach seine Verwunderung aus, dass gerade in der räumlich begrenzten Limmerstraße ein Hochbahnsteig errichtet werden soll, wo doch seiner Ansicht nach in anderen Bereichen wie zum Beispiel der Spinnereistraße mehr Raum zur Verfügung stehe.

Bezirksratsherr Knoke führte aus, dass derzeit sowohl die Limmerstraße als auch die Spinnereistraße als Alternative für die Errichtung eines Hochbahnsteiges geprüft werde. Der Bezirksrat sei derzeit nicht darüber informiert, welcher Standort favorisiert werde.

Bezirksratsherr Zielke berichtete von einem schwerstbehinderten Jungen und sagte, dass dieser mit dem Rollstuhl ohne Probleme in den Bus der Linie 700 einsteigen und auch am Küchengarten wieder aussteigen konnte. Es gäbe somit sehr wohl Möglichkeiten für schwerstbehinderte Rollstuhlfahrer, mit den Niederflurbussen zu fahren.

Der 3. Sprecher entgegnete, dass dies mit Elektrorollstühlen und ohne Begleitpersonen nicht möglich sei.

Bezirksratsherr Zielke entgegnete, ob seine Aussagen in Frage gestellt würden.

Die 5. Sprecherin bestätigte die getätigten Äußerungen, dass Rollstuhlfahrer nicht die Straßenbahnen nutzen könnten. Für eine schnelle Lösung favorisiere **die Sprecherin** den Einsatz von Bussen mit Rampen oder Niederflurbahnen.

Der 1. Sprecher meinte, dass auch Menschen mit Behinderungen die Möglichkeit haben sollten, an jeder Haltestelle ein- und aussteigen zu können. Er berichtete von Gesprächen mit Rollstuhlfahrern, die bei winterlichen Verhältnissen die Hochbahnsteige nicht passieren könnten. **Der Sprecher** betonte, dass sich diese Personengruppe eindeutig für den Einsatz von Niederflurbahnen aussprechen würde.

Bezirksratsherr Eggers berichtete, dass der Bereich der Wunstorfer Straße in das Städtebauförderungsprogramm - Stadtumbau West - aufgenommen worden sei und im Zuge dessen angedacht werde, auch einen Hochbahnsteig im Bereich der Wunstorfer Straße zu errichten.

Der 6. Sprecher empfahl, einen Bürgerentscheid herbeizuführen.

Bezirksbürgermeisterin Knoke beendete die Einwohner- und Einwohnerinnenfragestunde um 21.25 Uhr.

TOP 5.2.

Gemeinsam von den Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, DIE LINKE. und Bezirksratsherrn Hadasch (BSG)

TOP 5.2.1.

Betriebskostenzuschüsse für "private" Betreiber ehemals öffentlicher Bäder & mögliche Kostenentlastungen durch besondere Energiekostenverträge der Stadtwerke

(Drucks. Nr. 15-2080/2009)

Stellv. Bezirksbürgermeister Grube trug den Dringlichkeitsantrag vor.

Antrag,

der Bezirksrat beschließt:

Angesichts aktueller Klagen der Betreiber/innen der beiden Bäder im Stadtbezirk 10 wegen unzureichender Finanzierung ihrer Aufgaben bzw. dazugehöriger baulicher Anlagen, bittet der Stadtbezirksrat die Verwaltung zeitnah um folgende Informationen und Vorschläge:

- Übersicht über den Verlauf geleistete Betriebskostenzuschüsse in den Jahren seit Übertragung der beiden Bäder (Volksbad Limmer & Fössebad) in die nichtöffentliche Trägerschaft, nebst Darstellung eventuell zusätzlich geleisteter Zuwendungen für besondere Zwecke / Aufgaben,
- Vorschläge für die Kooperation mit den Stadtwerken Hannover und/oder „pro klima“/der Klimaschutzagentur für die Erarbeitung besonderer Förderverträge für einen begünstigenden Energiekostenbezug.

Bezirksratsherr Eggers sagte, dass es Wunsch der CDU-Fraktion gewesen wäre, ausschließlich den Inhalt des 1. Spiegelstrichs im Antrag aufzunehmen. Er bedauerte, dass der Antragstext in Bezug auf den 2. Spiegelstrich ursächlich dafür sei, dass der Antrag nicht interfraktionell gestellt werden könne. **Bezirksratsherr Eggers** meinte in Bezug auf den 2. Spiegelstrich, dass unklar bleibe, welche Vereinigungen und Vereine angesprochen seien. **Bezirksratsherr Eggers** gab zu bedenken, dass die Stadtwerke Hannover AG ein Wirtschaftsunternehmen sei und die Stadt Hannover für die gerechte Förderung zu sorgen habe. **Bezirksratsherr Eggers** beantragte eine Einzelabstimmung der im Antrag aufgeführten Spiegelstriche.

Bezirksbürgermeisterin Knoke bat um das Votum zum 1. Spiegelstrich.

Einstimmig

In die Verwaltung (52)

Bezirksbürgermeisterin Knoke ließ daraufhin den 2. Spiegelstrich abstimmen.

15 Ja-Stimmen, 3 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen

In die Verwaltung (52)

TOP 6.

**EIGENE MITTEL des Stadtbezirksrates
(Interfraktionelle bzw. Gemeinsame Anträge)**

TOP 6.1.

**Zuwendungen aus den Eigenen Mitteln des Stadtbezirksrates Linden-Limmer
(Drucks. Nr. 15-2039/2009 mit 2 Anlagen)**

Bezirksbürgermeisterin Knoke trug den Interfraktionellen Antrag vor:

Antrag,

die nachstehenden Zuwendungen zu beschließen:

- Empfänger: Lütje Liga e.V.
- Zuwendungsbetrag: **1.363,74 €**
- Verwendungszweck: Modernisierung durch Lärmschutzmaßnahmen (Anlage 1)

- Initiative des Bezirksrates
- Zuwendungsbetrag: **130,00 €**
- Verwendungszweck: Legendenschild Charlys Brücke (Anlage 2)

Einstimmig

In die Verwaltung (18.62.10)

Bezirksratsfrau Schweingel fragte bezüglich des Legendenschildes, wann die Brücke benannt werde.

Frau Sufin antwortete, dass der Rat bereits am 17.09.2009 die Benennung in Charlys Brücke beschlossen habe und die Verwaltung unter dem Vorbehalt der Schilderbestellung eine offizielle Einweihung noch in der 44. KW 2009 plane.

TOP 7.

A N F R A G E N

TOP 7.1.

der SPD-Fraktion

TOP 7.1.1.

Neuer Wertstoffhof im Stadtbezirk Linden-Limmer (Drucks. Nr. 15-1946/2009)

Bezirksratsfrau Schlätel trug die Anfrage vor.

Der Ausschuss für Abfallwirtschaft der Regionsversammlung hat sich bei einer Bereisung die Betriebs- und Wertstoffhöfe von aha im Bereich Linden-Limmer und Bornum sowie den möglichen Standort für einen neuen Wertstoffhof im Bereich Fischerhof an der Bornumer Straße angesehen. Dabei wurde das Vorhaben erklärt, die Wertstoffhöfe Bornumer Straße und Billungstraße aufzugeben und als Betriebshöfe weiterzuführen.

Als Ersatz soll ein neuer Wertstoffhof auf dem Gelände der Deutschen Bahn an der Bornumer Straße errichtet werden. Die Zufahrt zu diesem geplanten Standort ist allerdings nur über das Bundesbahngelände vom Fischerhof oder - verbotener Weise - über den Ihlpohl durch das Kleingartengelände möglich. Eine Zufahrt von der Bornumer Straße ist offensichtlich von aha nicht geplant.

Wir fragen die Verwaltung:

1. Ist die Verwaltung über diese Planung informiert bzw. daran beteiligt und gibt oder gab es alternative Standorte?

2. Ist von Seiten der Verwaltung eine Erschließung von der Bornumer Straße geplant oder auf Kosten der LHH möglich?
3. Ist baurechtlich ein Wertstoffhof möglich und kann von der LHH als Voraussetzung für die Genehmigung eine benutzerfreundliche Erschließung von der Bornumer Straße aus von aha gefordert werden?

Frau Hoff antwortete sinngemäß wie folgt:

Vorbemerkung:

Die Bezirksräte Linden-Limmer und Ahlem-Badenstedt-Davenstedt haben die Verwaltung 2007 bzw. 2008 aufgefordert, mit dem Abfallwirtschaftsbetrieb der Region (aha) Kontakt aufzunehmen, um entweder am Standort Billungstraße Entlastungen für die Anwohnerschaft zu erwirken oder die Suche nach einem neuen Standort zu unterstützen. Da nach Einschätzung von aha in der Billungstraße auch durch Umorganisation keine befriedigende Lösung realisierbar ist, hat die Verwaltung aha auf eine Reihe von Grundstücken im Umfeld aufmerksam gemacht, deren Größe und Lage dem aktuellen Anforderungsprofil entspricht. Der Bezirksrat erhielt am 13.09.2007 eine entsprechende Zwischennachricht, am 24.07.2008 gefolgt durch die Information, dass sich die Suche u. a. aus Kostengründen weiterhin schwierig gestaltet.

Im einzelnen beantwortet die Verwaltung die Anfrage wie folgt:

Zu 1.:

An der aktuellen Planung wurde die Verwaltung bislang nicht beteiligt. Auf Nachfrage erhielt sie Mitte August 2009 davon Kenntnis, dass aha über ein – in Lage und Abmessung nicht näher bestimmtes - Grundstück im Bereich Fischerhof verhandelt. Sie hat daraufhin aha angeboten, die anstehenden planungsrechtlichen und erschließungstechnischen Fragen gemeinsam zu klären.

Zu 2.:

Eine Erschließung von der Bornumer Straße aus ist derzeit weder planungsrechtlich zulässig noch seitens der Stadt finanzierbar. Erforderlich wären ein Bebauungsplan- oder Planfeststellungsverfahren, umfangreicher Grunderwerb, eine aufwändige Rampenkonstruktion sowie eine Lichtsignalanlage. Der Flächennutzungsplan der Landeshauptstadt Hannover enthält in Verlängerung der Elise-Meyer-Allee eine Hauptverkehrsstraße bis zur Bornumer Straße, um bei Bedarf die Flächen des Güterbahnhofs und das südliche Komatsu-Hanomag-Gelände separat erschließen zu können. Hierbei handelt es sich um eine langfristige Planungsoption.

Zu 3.:

Ohne Kenntnis über die genaue Lage des Grundstücks lässt sich nicht beurteilen, ob es sich dabei um gewerbliche Baufläche oder dem Bahnbetrieb gewidmete Fläche handelt. Voraussetzung für eine Baugenehmigung wäre u. a. eine gesicherte Erschließung, deren Ausrichtung auf die Bornumer Straße jedoch nicht zur Bedingung gemacht werden kann.

TOP 7.2.

der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

TOP 7.2.1.

**Parken in der Grünanlage am Küchengartenplatz
(Drucks. Nr. 15-1949/2009 mit 1 Anlage)**

Bezirksratsherr Zielke erläuterte die Anfrage.

Wie auf den Fotos zu erkennen ist (siehe Anhang), wird die Grünanlage zum Schützenfest auf dem Küchengartenplatz zum Parken missbraucht. Dadurch werden der Rasen und vor

allein die Baumwurzeln nachhaltig geschädigt. Da Parken in Grünanlagen außerdem nicht erlaubt ist, muss es Möglichkeiten geben, das Parken dort in Zukunft zu verhindern. Eine Möglichkeit wäre, die seit langem fehlenden Poller in den Radweg (Verbindung Küchengartenstraße zur Fössestraße) wieder einzusetzen und somit die Einfahrt zur Grünanlage zu verhindern.

Wir fragen diesbezüglich die Verwaltung:

Wird es offiziell geduldet, dass PKW und LKW während des Schützenfestes auf dem Küchengarten in der Grünanlage Rampenstraße auf Rasen und Baumwurzeln parken?
Wenn ja: Wie ist dies mit der Grünflächenordnung vereinbar?
Wenn nein: Was plant die Verwaltung zu tun, um das Parken in der Grünanlage zum nächsten Schützenfest zu verhindern?

Frau Sufin antwortete sinngemäß wie folgt:

Mit der Genehmigung zur Durchführung eines Teils des Schützenfestes auf der öffentlichen Grünfläche Rampenstraße sind die Aufstellung des Festzeltes auf der Rasenfläche und vier Schaustellerstände am Weg zum Platz am Küchengarten zulässig. Darüber hinaus ist das Abstellen von Kraftfahrzeugen auf der öffentlichen Grünfläche aus Gründen des Flächen- und Baumschutzes nicht gestattet und nicht geduldet. Die Verordnung über die öffentliche Sicherheit und Ordnung in der Landeshauptstadt Hannover vom 12.07.2007, §11 Abs. 1 Nr. 6, verbietet „außerhalb der dafür vorgesehenen Straßen, Wege und Plätze Fahrzeuge zu benutzen oder abzustellen.“ Im Rahmen der Genehmigung für das Schützenfest im Jahr 2010 wird dem Veranstalter zur Auflage gemacht, die Baumreihe parallel zur Rampenstraße und die darunter befindliche Rasenfläche vor Befahrung zu sichern. Darüber hinaus kann der Einsatz der Parkranger geplant werden, die die Aufrechthaltung der Sicherungsmaßnahmen kontrollieren und ggf. Ordnungswidrigkeiten anzeigen.

TOP 7.2.2.

Fußgängerampel Fössestraße in Höhe der Selmastraße (Drucks. Nr. 15-1950/2009)

Bezirksratsherr Zielke trug die Anfrage vor.

Vor einiger Zeit war die Ampel so geschaltet, dass PKW, die aus der Selmastraße in die Fössestraße einbiegen wollten, über eine Kontaktschleife "grün" anforderten. Gleichzeitig mit dem "Grün" für die PKW aus der Selmastraße, bekamen die Fußgänger für die Überquerung der Fössestraße automatisch "grün". Heute ist es so, dass die Fußgänger in jedem Fall extra über einen Schalter "grün" anfordern müssen. So kommt es zu Situationen, in denen heute Fußgänger zur Fössestraßenquerung "rot" haben und warten müssen, während Autos aus der Selmastraße "grün" haben und fahren können. Dies ist sehr ärgerlich, da in der "Ampellogik" die Grünphase für die Fußgänger an die Grünphase für die Autofahrer aus der Selmastraße gekoppelt ist. Es ist nicht nachvollziehbar, warum Fußgänger "rot" haben, obwohl sie nach der „Ampellogik“ "grün" haben könnten. Diese vermeidbaren Wartezeiten für Fußgänger erhöhen die Bereitschaft der Fußgänger, die Ampelzeichen zu ignorieren und bei "rot" die Straße zu überqueren, was nicht im Sinne der Verwaltung sein kann.

Wir fragen die Verwaltung:

1. Aus welchen Gründen wurde die Ampelschaltung an der Fußgängerampel Fössestraße in Höhe der Selmastraße geändert und
2. Ist es möglich, die "alte" Schaltung wieder herzustellen?

Frau Sufin beantwortete die Anfrage sinngemäß wie folgt:

Das Signalsteuergerät wurde im Jahre 2008 ausgetauscht. In diesem Zusammenhang wurde die Signalsteuerung so modifiziert, dass mittels Parameter eingestellt werden kann, ob Fußgänger immer dann, wenn Kraftfahrzeuge der Nebenrichtung eine Anforderung abgesetzt haben, automatisch auch ihr Grün erhalten oder ob Fußgänger in jedem Fall selber den Anforderungstaster zu betätigen haben, um ihre Freigabe zu erhalten. Der entsprechende Parameter ist seinerzeit seitens der Signalbaufirma in der Grundstellung so eingestellt worden, dass letztere Bedingung gilt. Die Verwaltung hat jetzt veranlasst, dass künftig die zuerst skizzierte Schaltungsweise aktiv ist. Eine Realisierung ist kurzfristig angestrebt.

TOP 7.2.3.

Weitere neue Planungen in der Wasserstadt Limmer? (Drucks. Nr. 15-1952/2009)

Stellv. Bezirksbürgermeister Grube trug die Anfrage vor.

In der HAZ (Stadtanzeiger West) wurde unlängst über weitere „neue Planungen“ der „HRG“ in der Wasserstadt Limmer berichtet und dabei u. a. deren Geschäftsführer zitiert, mit dem Hinweis auf nötige Abrisse der ehemaligen Feuerwehr und weiterer Gebäudes die bisher nicht zur Disposition gestanden haben.

In dem Artikel werden eine Reihe von neuen Planungen & Fakten genannt, über die die Stadtteilgremien bisher nicht informiert worden sind.

Wir fragen dazu die Verwaltung:

1. Seit wann sind der Verwaltung der LHH diese Neuigkeiten bekannt, die in der Presse sogar vom Stadtsprecher erläutert wurden?
2. Warum wurde erneut versäumt die zuständigen Gremien (Stadtbezirksrat & Kommission Sanierung Limmer) ausreichend und vor einer Presseveröffentlichung zu informieren?
3. Ist auch zukünftig damit zu rechnen, dass wichtige Informationen zum Stadtbezirk nicht den legitimierten Gremien zugänglich gemacht werden, sondern besser aus der Presse zu erfahren sind? (Diese Frage nimmt besonders Bezug auf die Anfrage aus dem Vormonat, in dem schon einmal die Informationswege der Stadtverwaltung zur Wasserstadt erfragt & kritisiert wurden).

Frau Block widersprach ausdrücklich dem Vorwurf, die Gremien über die Presse zu informieren. In der Regel würde die Presse auf den Investor zugehen, um nach einem neuen Sachstand zu fragen. Die Investoren würden die Presse zum Teil auch als Medium nutzen, um die Situation aus ihrer Sicht darzustellen. Der in der letzten Bezirksratssitzung angesprochene Presseartikel der HAZ sei ohne Beteiligung der Verwaltung erfolgt. Der Investor habe auch an dieser Stelle die Gelegenheit genutzt, seine Sicht der Dinge darzustellen. Über den angesprochen Grünstreifen gäbe es sogar einen Ratsbeschluss, welcher aber vom Investor nicht akzeptiert werde. **Frau Block** richtete die Bitte an den Bezirksrat, bei Pressartikeln nicht sofort von neuen Planungen auszugehen. Es sei vielmehr der Versuch, alte Rahmenkonzepte erneut in Frage zu stellen. Sie ergänzte ihre Aussagen dahingehend, dass sie Verständnis dafür habe, dass ein Investor Grundstücke am Wasser bevorzuge. Für die Verwaltung habe jedoch das Allgemeinwohl Vorrang.

Stellv. Bezirksbürgermeister Grube fragte daraufhin nach dem Conti-Turm.

Frau Block entgegnete, dass sich der denkmalgeschützte Turm in einem Bereich befände, für den es zur Zeit keinen Rahmenplan gäbe. Die Verwaltung halte jedoch an der Aussage fest, dass Denkmalschutz Vorrang habe. Es werde alles getan, um den Turm in ein Konzept zu integrieren.

Stellv. Bezirksbürgermeister Grube warf ein, dass er zu gegebener Zeit auf das Thema zurückgekommen werde.

Frau Block wiederholte, dass jede Presseaussage auch differenziert betrachtet werden müsse. Im Rahmen der Aufstellung eines Gesamtkonzeptes werde erneut auch der Turm Bestandteil der Diskussion werden. Mit dem Hinweis, dass sich die heute vorliegende Anfrage ggf. bereits erledigt hätte, wenn sie in der letzten Sitzung die Gelegenheit zur Beantwortung gehabt hätte, beantwortete **Frau Block** sodann die Anfrage sinngemäß wie folgt:

Zu 1.:

Die Absicht der HRG, einen Nahversorger anzusiedeln, ist den zuständigen Gremien seit langem bekannt. Auch ist angesprochen worden, dass die Option besteht, die ehemalige Feuerwache und die Betriebskrankenkasse durch einen Neubau zu ersetzen, sofern die vorhandenen Gebäude nicht für einen Nahversorger umgenutzt werden können. Die HRG befindet sich in diesem Zusammenhang noch in dem Prüfungsverfahren. Dieses Prüfverfahren ist noch nicht abgeschlossen, insbesondere da sich durch die Planungen für den Ausbau des Stichkanals Linden die Rahmenbedingungen für das betroffene Grundstück der HRG geändert haben. Zitat HAZ-Artikel: „(...) die alten Gebäude sollten ursprünglich erhalten und in den Markt integriert werden, „und genau das prüfen wir auch nach wie vor,“ erläutert Thomas Heinemann, Geschäftsführer der Hannover Region Grundstücksgesellschaft.(...)“.

Zu 2.:

Die für das betroffene Grundstück geplante Ansiedlung eines Nahversorgers ist unstrittig und wurde bisher auch von allen betroffenen Gremien begrüßt. Konkrete, abschließende Detailplanungen für ein abgestimmtes Gebäudekonzept eines Nahversorgers an diesem Standort liegen der Verwaltung derzeit jedoch nicht vor, da die HRG, wie im Zeitungsartikel erwähnt, sich hier noch in der Entwurfsphase (Prüfung) und Abstimmung mit potentiellen Investoren befindet. Insofern gibt es derzeit auch keine konkreten Planungen für den Standort, die die Verwaltung den politischen Gremien zur Entscheidung vorlegen könnte.

Sobald die HRG ihre Prüfung abgeschlossen hat und konkrete Detailplanungen für den geplanten Nahversorger vorliegen, wird die Verwaltung die politischen Gremien darüber informieren. Dass die HRG hier auf eine Nachfrage der HAZ zum Sachstand antwortet, bleibt ihr unbenommen. Hierauf hat die Verwaltung keinen Einfluss.

Zu 3.:

Selbstverständlich wird die Verwaltung, so wie in der Vergangenheit auch, die politischen Gremien über konkrete Planungen und Vorhaben zum Thema „Wasserstadt Limmer“ in Kenntnis setzen bzw. diese zur Abstimmung vorliegen, sobald diese einen „verbindlichen“ Charakter haben.

Zu der zitierten Anfrage von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN aus dem Vormonat (Drucks.-Nr. 15-1686/2009) hat die Verwaltung bereits schriftlich Stellung genommen und ebenfalls dargelegt, dass zur geplanten Wohnbebauung des Wasserstadtdeländes derzeit keine geänderten Planungen vorliegen und das vom Rat der Stadt Hannover beschlossene

Rahmenkonzept aus Oktober 2005 selbstverständlich weiterhin Bestand hat (Drucks.-Nr. 15-1686/2009 F1 / TOP 7.3.2 in der Sitzung des Stadtbezirksrates Linden-Limmer am 26.08.09).

Abschließend sprach **Frau Block** Stellv. Bezirksbürgermeister Grube an und verneinte nochmals, dass der Bezirksrat über die Presse informiert werde. Sie sagte im Fall von diskutierfähigen Unterlagen zu, diese in den Gremien vorzustellen.

TOP 8.
Bericht des Stadtbezirksmanagements

Herr Wescher verzichtete auf einen Bericht zum Stadtbezirksmanagement.

Bezirksbürgermeisterin Knoke schloss den öffentlichen Teil um 21.50 Uhr.

Für die Niederschrift:

Knoke
Bezirksbürgermeisterin

Sufin
Bezirksratsbetreuerin